



Parlamentarische Anfragen demokratiefeindlicher Parteien

Wissenswertes und Empfehlungen

Vorbemerkung:

Diese Zusammenstellung ist entstanden, um Erkenntnisse zu teilen, nachdem eine Einrichtung der JUH in Brandenburg von der Gemeinde um die Zuarbeit zur Beantwortung einer „Kleinen Anfrage“ der dortigen AfD-Fraktion gebeten wurde. Die zusammengetragenen Hintergründe und Informationen sind Empfehlungen, die verantwortliche Mitarbeitenden im LV Berlin/Brandenburg unterstützen sollen, handlungssicher und ressourcensparend auf etwaige weitere Anfragen reagieren zu können.

Bisher standen die Dienste der JUH nicht explizit im Fokus demokratiefeindlicher Parteien. Gleichwohl ist die JUH in Bereichen aktiv, die Angriffsflächen bieten könnten. Momentan sind das am ehesten Dienste in den Bereichen Flüchtlingshilfe/Integration, Demokratieförderung/Begegnung, Kita und Jugendarbeit.

Wissenswertes zu „Kleinen Anfragen“ von demokratiefeindlichen Parteien

„Kleine Anfragen“ sind ein gängiges Instrument von Oppositionsparteien, um Regierungshandeln zu kontrollieren. Diese richten sich an die regierende Instanz auf verschiedenen Ebenen (z.B. in der Gemeinde, im Land oder Bund). Sie müssen innerhalb einer 14-tägigen Frist beantwortet werden.

Parlamentarische Anfragen werden in den vergangenen Jahren vermehrt von der AfD mit dem Ziel genutzt, den Diskurs zu beeinflussen, Informationen zu unliebsamen Organisationen und Einzelpersonen zu sammeln und politisches Handeln sowie gesellschaftliche Diskussionen gegen diese zu beeinflussen. Sie wurden von ihr in der Vergangenheit gezielt als Mittel der Einschüchterung genutzt. Außerdem dienen sie als Strategie, um Verwaltung sowie unliebsame Organisationen „beschäftigt zu halten“.

Empfehlungen zum Umgang, wenn „Kleine Anfragen“ demokratiefeindlicher Parteien von Behörden an uns gerichtet und Einrichtungen der JUH um Mithilfe gebeten werden:

1. Kontext und gemeinsame Richtung klären:

- Wer ist die verantwortliche Stelle z.B. in der Gemeinde? Besteht bereits Kontakt und lässt sich einschätzen, ob diese der eigenen Tätigkeit gegenüber positiv und unterstützend gestimmt ist?
 - Es kann hilfreich sein, dort anzurufen und sich abzustimmen, wie sie die Anfrage beantworten wollen, was sie für Zuarbeit wünschen.
 - Nicht immer sind die bearbeitenden Stellen in der Verwaltung fit in Hinblick darauf, wie Antworten gestaltet werden sollten, welche Informationen gegeben werden sollten und welche nicht. Es lohnt sich ggf. vorher ins Gespräch zu gehen und z.B. darauf hinzuweisen, dass die Antworten keine personenbezogenen Daten enthalten sollten.



- Wer sind andere Betroffene einer Anfrage?
 - Es kann hilfreich sein (z.B., wenn Informationen aus mehreren Einrichtungen ggf. auch anderer Träger abgefragt werden) sich mit anderen Trägern abzustimmen, wie die Anfrage beantwortet wird. Dadurch kann vermieden werden, dass Träger unterschiedlich detaillierte Informationen angeben und sich dadurch einzelne angreifbar machen.

2. Was muss/kann/sollte man angeben?

- es besteht Mitwirkungspflicht, diese muss jedoch verhältnismäßig sein
- als freier Träger sind wir juristisch gesehen nur bedingt auskunftspflichtig, die Gemeinden haben Rechts- und Fachaufsicht über die Einrichtungen
- Je nach Finanzierungsquellen sind unterschiedliche Informationen den Gemeinden transparent zu machen, das gilt es ggf. zu prüfen
- Bestimmte Einzelheiten (z.B. Details zu Fortbildungen, genutztem Bildungsmaterial etc.) können häufig mit Verweis auf Trägerautonomie unbeantwortet bleiben
- Trägerautonomie kann als Argument der Gemeinde angebracht werden, um bestimmte Auskünfte nicht zu geben
- datenschutzrelevante Angaben (z.B. personenbezogene Daten) sollten nicht rausgegeben werden, auch nicht an die Gemeinde

3. Wie kann/sollte man die Antwort gestalten?

- knapp und sachlich antworten
- wo immer möglich auf öffentlich zugängliche Informationen mit Link verweisen, statt ausführliche Informationen zusammenzustellen und darzulegen
- bei problematischen Formulierungen: Diese nicht übernehmen, sondern bei eigenen Formulierungen bleiben, inhaltliche Fehler richtigstellen, Unterstellungen zurückweisen

Weiterführende Informationen:

- Broschüre [„Druck aus den Parlamenten. Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts“](#), Paritätischer Wohlfahrtsverband, 2020
- [Handreichung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Organisationen, Parteien und Personen](#), Bundesgeschäftsstelle der JUH, aktualisierte Version vom Dezember 2024

Für Rückfragen, Hinweise und Unterstützungsanfragen:

Projekt „Land im Dialog – Demokratie leben, Zukunft gestalten“
Landesverband Berlin/Brandenburg
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.

mail: vielfalt.bb@janniter.de, Telefon: +49 (0)30 816901 1361

April 2025